

Federf. Stadtamt: Organisations- und Personalamt

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	Bürgermeister Roland	07.12.2006	
Rat	Bürgermeister Roland	14.12.2006	

öffentliche Sitzung

Betrifft:
Stellenplan 2007

Begründung:
(ggf. zusätzlich)

I. Vorbemerkungen

Der Stellenplanentwurf 2007 ist im wesentlichen geprägt durch die stellenplanmäßige Umsetzung der im August vorgelegten Haushaltskonsolidierungsvorschläge. Erfasst wurden die in den nächsten Jahren vorgesehenen Stelleneinsparungen, nicht nur diejenigen des kommenden Jahres. Er ist stärker als seine Vorgänger strategisch und mittelfristig ausgerichtet. Deutlich wird dies an der Vielzahl der vorgesehenen KW-Vermerke (insgesamt 11).

Die logische, zwangsläufige Konsequenz der Einbeziehung der nächsten Jahre in den Stellenplanentwurf 2007 ist, dass Haushaltskonsolidierungseffekte in den künftigen Stellenplänen - so überhaupt - gravierend deutlich geringer ausfallen werden.

Die Verwaltung ist davon überzeugt, dass die im August dieses Jahres definierten strategischen Vorgaben zur Erzielung weiterer Haushaltskonsolidierungseffekte realisiert werden können. Sie schließt dennoch nicht aus, dass es bei der auf mehrere Jahre angelegten operativen Umsetzung in den betroffenen Fachbereichen z.B. aufgrund von neuen Entwicklungen und Erkenntnissen im Einzelfall zu Schwierigkeiten kommen kann, die ggf. eine Korrektur erforderlich machen. Sofern sich Einsparungen an der einen und anderen Stelle nicht erreichen lassen, sollen sie durch Kompensation an anderer Stelle aufgefangen werden, so dass die grundsätzliche Zielsetzung, rd. 1 Mio € bei den Personalkosten in den nächsten Jahren einzusparen, nicht gefährdet wird.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

II. Finanzielles Ergebnis des Stellenplanentwurfs 2007

Der Stellenplanentwurf 2007 weist mit rd. 1 Mio. € die höchste strukturelle, finanzielle Einsparung der letzten 12 Jahre auf:

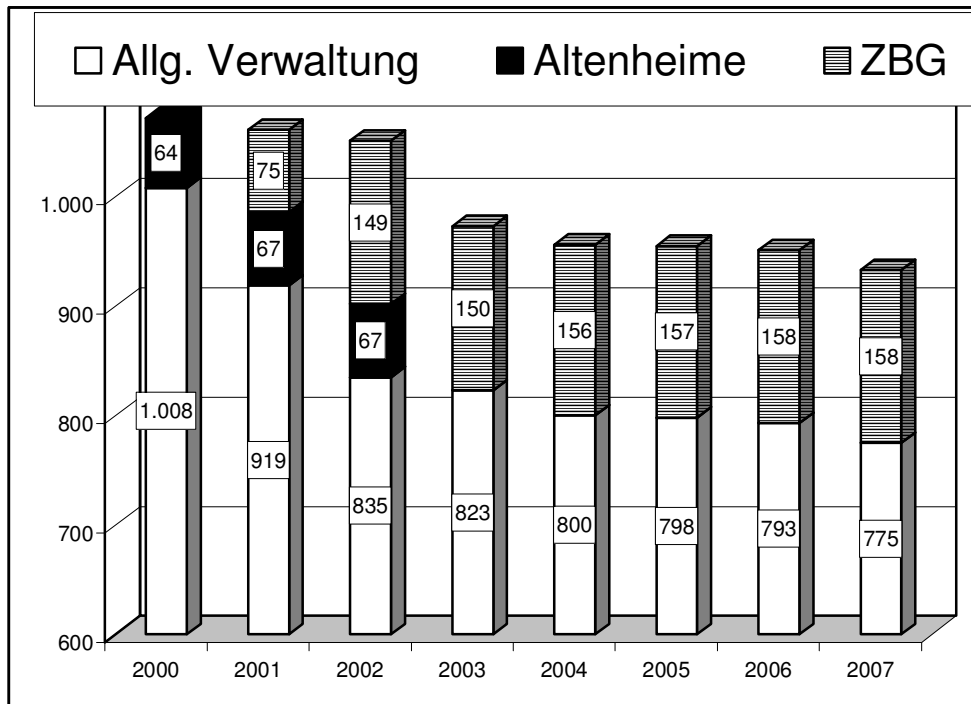
• Einsparungen durch Stellenabbau		1.147.500 €
• Mehrkosten durch Stellenumwandlungen	./.	54.100 €
• Mehrkosten für Stelleneinrichtungen	./.	<u>53.600 €</u>
	Summe	1.039.800 €

Die im nächsten Jahr erzielbaren Einsparungen sind bereits in die Minusdeckungsreserve in Höhe von 200.000 € eingeflossen. Nicht im für 2007 gemeldeten Ansatz des SN 1 erfasst sind die Kosten für Stelleneinrichtungen und Stellenanhebungen. Diese müssen durch zusätzliche Einsparmaßnahmen an anderer Stelle kompensiert werden.

III. Reduzierung des Stellenvolumens

Der Stellenplanentwurf 2007 sieht vor, 18 Planstellen zu streichen und 2 Planstellen einzurichten. Unter Berücksichtigung von 2 in diesem Jahr umgesetzten kw-Vermerken sinkt die Gesamtzahl der Planstellen der Verwaltung von 793 auf 775 und liegt damit um 18 niedriger als noch im laufenden Jahr. Vollzeitverrechnet beträgt die Gesamtzahl der Stellen nunmehr 727,9 (2006 = 742,2).

Die folgende Grafik verdeutlicht die Stellenentwicklung seit 2000:



IV. Stelleneinsparungen

Neben der Streichung von 18 Stellen sieht der Stellenplanentwurf 2007 zusätzlich eine Reduzierung von Wochenarbeitsstunden im Umfang von 1,5 Planstellen vor. Darüber hinaus erhalten 11 Planstellen einen kw-Vermerk und 3 weitere Planstellen einen internen Vermerk (künftig zur Hälfte einzusparen).

Von den vorgesehenen Einsparungsmaßnahmen (siehe Anlage 2 a) resultieren :

- 22 aus den Haushaltskonsolidierungsvorschlägen von August 2006
- 9 aus der weiteren Privatisierung des Reinigungswesens
- 2 aus der Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses mit den Städten Marl und Dorsten
- 2 aus sonstigen Gründen.

V. Stellenumwandlungen

Die im Stellenplanentwurf enthaltenen Stellenumwandlungen (siehe Anlage 2 b) gliedern sich wie folgt auf :

- 10 Stellenanhebungen aufgrund Zuordnung qualitativerer Aufgaben (z.B. NKF, Neuorganisation)
- 6 Stellenanhebungen zur Erhöhung der Einsatzflexibilität des Personals nach Wegfall von Stellen in der Stadtbücherei
- 2 ku-Vermerke an Feuerwehrstellen (Stichwort: Kreisleitstelle)
- 3 wertgleiche/kostenneutrale Umwandlungen (tariflich Beschäftigte auf Beamtenstellen und umgekehrt).
- 1 Umwandlung (Anpassung an frühere Stellenausweisung)

VI. Stelleneinrichtungen

Der Stellenplanentwurf sieht die Einrichtung von 2 Halbtagsstellen sowie eine Wochenarbeitszeitanhebung um 19,25 Stunden vor.

◆ MA Krankentransportabrechnung

Die Personalausstattung für das Abrechnungsverfahren im Rettungsdienst (80 % Zeitanteil einer Mitarbeiterin) reicht für eine zeitnahe Abrechnung der Rettungsdiensttransportgebühr nicht mehr aus. So beträgt derzeit der Bearbeitungsrückstand teils bis zu vier Monate.

Die aufgelaufenen Rückstände waren bzw. sind im Wesentlichen auf ein aufwändigeres Abrechnungsverfahren zurückzuführen, bedingt durch

- die Weigerung einiger Krankenkassen, den Eigenanteil des Transportierten zu begleichen. In diesen Fällen muss die Rettungsgebühr direkt gegenüber der transportierten Person geltend gemacht werden. Hieraus resultiert unter Umständen ein sehr zeitaufwendiges Mahnverfahren.
- Unberechtigte Kürzungen von Rechnungsbeträgen durch die von den Kostenträgern(Krankenkassen) mit dem Abrechnungsverfahren beauftragten Dienstleistungsunternehmen.
- Weigerungsverhalten der Kostenträger, da nach ihrer Auffassung die ärztliche Notwendigkeitsbescheinigung fehlerhaft ist oder der Rettungsdiensteinsatz nicht erforderlich war.

Der dargestellte Mehraufwand entspricht dem Umfang einer halben zusätzlichen Planstelle. Die Kosten für diese Planstelle sollen über die Rettungsdienstgebühren refinanziert werden. Die entsprechenden Verhandlungen mit den Kostenträgern müssen noch geführt werden.

Sollte eine Refinanzierung nicht möglich sein, soll die Stelle nicht besetzt werden. In diesem Fall ist aber beabsichtigt, den Abrechnungsaufwand ggf. unter Verzicht auf die Verfolgung von Kleinbeträgen zu senken, weil ansonsten der Personalaufwand in keinem Verhältnis zu den zu erzielenden Einnahmen steht.

◆ Erzieherin Ganztagschule

An der Antoniusschule und der Schule am Rosenhügel wird seit 2003 die offene Ganztagschule in städt. Trägerschaft angeboten. Für die Leitung der jeweiligen Gruppen stehen 2 halbtagsbeschäftigte Erzieherinnen, die in einer Planstelle geführt werden, zur Verfügung. Da die Gruppen mit der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazität nicht ausreichend betreut werden konnten, wurde die Arbeitszeit der Erzieherinnen bereits befristet von 19,25 auf 32,15 Wochenstunden angehoben. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse ist diese Ausweitung der Arbeitskapazitäten dauerhaft erforderlich.

◆ MA Vollstreckung

Diese Planstelle ist in der Stadtkasse dem Innendienst der Vollstreckungsstelle zugeordnet und bearbeitet die Amtshilfeersuchen fremder Behörden. Seit Änderung des Vollstreckungsrechts im Jahr 2003 sind die Vollstreckungsbehörden berechtigt - ebenso wie die Finanzbehörden - Daten z.B. bei der Schufa, Versorgungsunternehmen, Banken abzufragen.

Aufgrund ständig sinkender Zahlungsmoral und – fähigkeit der Schuldner muss von dieser Möglichkeit verstärkt Gebrauch gemacht werden. Hierdurch erhöht sich auch der Arbeitsaufwand. Gleichzeitig sind auch die Fallzahlen von ca. 3.400 im Jahr 2002 auf ca. 4500 im Jahr 2005 angestiegen. Um den erhöhten Arbeitsanfall zu kompensieren wurde die wöchentliche Arbeitszeit der Stelleninhaberin befristet bis Ende 2006 auf 38,5 Wochenstunden angehoben. Da die Situation hinsichtlich Fallzahlenentwicklung und Zahlungsverhalten der Schuldner unverändert ist, ist es erforderlich, die Arbeitszeit dieser Planstelle dauerhaft auf 38,5 Wochenstunden anzuheben.

VII. **Beteiligung des Personalrates**

Der Personalrat hat mit Schreiben vom 2.11.2006 zum Stellenplanentwurf der Verwaltung Stellung genommen (s. Anlage 3).

Die Verwaltung schließt sich folgenden Vorschlägen des Personalrates an:

- Einsparung der Planstelle 1174, ausgewiesen nach EG 6, bei der Abteilung „Vermessung“ im Ingenieuramt anstelle der zunächst vorgesehenen Planstelle 1179, ausgewiesen nach EG 8
- Umwandlung der Planstelle 1494 beim Amt für kommunale Finanzen von EG 9 nach EG 10 TVöD
- Umwandlung der Planstelle 1373 beim Amt für kommunale Finanzen von EG 5 nach EG 6 TVöD
- Umwandlung von 6 Planstellen für Büchereiangestellte beim Kulturamt von EG 5 nach EG 6 TVöD

Diese Maßnahmen wurden in den Stellenplanentwurf der Verwaltung übernommen. Den übrigen Vorschlägen des Personalrates schließt sich die Verwaltung nicht an. Die Begründung im Einzelnen ergibt sich aus der Anlage 4.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Einnahme (€)	VwHH	VmHH
einmalig		
jährlich		
<i>darin enthalten:</i>		
Zuschüsse		
Beiträge Dritter		

Ausgabe (€)	VwHH	VmHH
einmalig		
jährlich		
<i>darin enthalten:</i>		
Personalkosten		
Unterhaltungs- und Betriebskosten		
Finanzierungskosten		

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

Der Stellenplan 2007 wird entsprechend dem Tabellenwerk - Anlage 1 - beschlossen.

Der Bürgermeister

R o l a n d

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: